



# Bundesvereinigung Opfer der NS - Militärjustiz e.V.

Gemeinnützig anerkannter Verein

28757 Bremen Aumunder Flur 3A Telefon und Fax 04 21/66 57 24

[www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de](http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de)

---

## **Gesetz zum Bundeswehr-Gerichtsstand in Kempten/Allgäu: „Legal, aber nicht legitim“.**

Vorstand der Bundesvereinigung bittet den Bundespräsidenten, das Gesetz nicht zu unterzeichnen.

Pressemitteilung vom 11. Dezember 2012

Mit Schreiben vom 6. Dezember 2012 haben der Vorsitzende und der Schriftführer der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz Bundespräsident Dr. Joachim Gauck gebeten, das „Gesetz für einen Gerichtsstand bei besonderer Auslandsverwendung der Bundeswehr“ nicht zu unterzeichnen. Das Gesetz war am 25. Oktober 2012 im Deutschen Bundestag mit Regierungsmehrheit beschlossen und am 23. November 2012 im Bundesrat – mit zu Protokoll gegebenen Bedenken der Bundesländer Bremen und Brandenburg – verabschiedet worden.

Nach gescheitertem Vorlauf war Anfang 2012 ein Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums auf den Weg gebracht worden, der zwar von juristischen Fachorganisationen verworfen, aber dennoch Ende März 2012 vom Kabinett als Gesetzesvorlage beschlossen wurde. Deren parlamentarische Beratung sollte nach dem Willen der Regierungsfractionen bereits vor der Sommerpause 2012 abgeschlossen sein, damit der neue Gerichtsstand in Kempten/Allgäu Anfang November 2012 seine Arbeit aufnehmen könne. Die außer- und innerparlamentarische Kritik an diesem Gesetzesvorhaben der – in diesem Fall – gelb-schwarzen Koalition verstärkte sich während der parlamentarischen Beratung, die am 26. September 2012 zu einer Anhörung des Rechtsausschusses führte. Im Ergebnis dieser Anhörung schwand die bis dahin von Teilen der Opposition bekundete Unterstützung des Gesetzes, dessen Annahme am 25. Oktober 2012 gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke erfolgte. Dieser Positionswandel insbesondere bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen führte aber nicht zu folgerichtigen Einsprüchen in der Länderkammer, sondern lediglich zu einer Protokollerklärung der Länder Bremen und Brandenburg.

Die gemeinsame Erklärung beider Bundesländer – Seite 536 des Protokolls der 903. Bundesratssitzung - nahm zwar die grundsätzlichen Bedenken der Bundesvereinigung auf, die bereits Ende 2011 vor der Vorlage des Referentenentwurfs appelliert hatte, die Einführung einer neuen deutschen Militärjustiz zu verhindern. Die demzufolge kritische Begleitung dieses Gesetzes durch die verschiedenen parlamentarischen Instanzen wird nun mit dem Brief an den Bundespräsidenten und der zusammenfassend begründeten Bitte, das Gesetz nicht zu unterzeichnen, abgeschlossen. Der Wortlaut des Briefes liegt an bzw. ist zusammen mit dieser Pressemitteilung auf der Homepage der Bundesvereinigung veröffentlicht in der Rubrik >Pressemitteilungen< unter dem Datum 11. Dezember 2012. Auf der Website sind auch alle öffentlich bekannt gewordenen Stellungnahmen, Dokumente und Hintergrundinformationen zu dem Gesetz dokumentiert.

Ansprechpartner für Nachfragen:

Günter Knebel, Tel.: 0421-374557;

mobil (AB für Rückruf): 0160-91966234

---

Vorsitzender:  
Ludwig Baumann

Schriftführer: Günter Knebel  
Mail: [Knebel-Bremen@t-online.de](mailto:Knebel-Bremen@t-online.de)

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Vorsitzender, Freiburg / Dr. Peter Fischer, Berlin /  
Dr. Detlef Garbe, Hamburg / Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach,  
Baden-Baden, Berlin / Dr. Rolf Surmann, Hamburg / Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg